

Pressemitteilung

4. Dezember 2014

Gute Arbeit – aber bitte für alle

Jeder neue Arbeitsplatz ist ein Schritt zur Vollbeschäftigung

Berlin - Heute hat der DGB seinen diesjährigen Index „Gute Arbeit“ vorgestellt. Das erfreuliche Ergebnis: nur noch 20 Prozent der Beschäftigten machen sich Sorgen um ihre berufliche Zukunft. Zu Zeiten der Finanzkrise waren es 80 Prozent. Dass Deutschland die Krise so gut überstanden hat, verdanken wir zu großen Teilen den Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010.

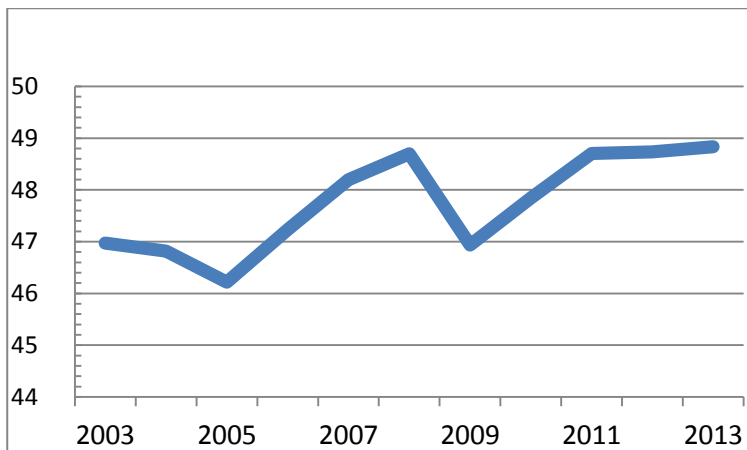
Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Es gibt also nicht nur mehr Arbeitsplätze, sondern auch tatsächlich mehr Arbeit (siehe Grafik). Seit Inkrafttreten der Agenda-Reformen hat sich das Arbeitsvolumen um über sechs Prozent vergrößert - von 46 Mrd. Stunden im Jahr 2005 auf 49 Mrd. Stunden im Jahr 2013.

Dazu **Hubertus Pellengahr**, Geschäftsführer der INSM: „Die Qualität der Arbeit verbessert sich stetig. Das gestiegene Arbeitsvolumen spricht eine deutliche Sprache: Es sind hunderttausende neue Arbeitsplätze entstanden, jeder bedeutet eine neue Chance und ist ein Fortschritt auf dem Weg zu Vollbeschäftigung und Wohlstand für alle.“

Es geht nicht nur um gute Arbeit, sondern um gute Arbeit für alle. Insbesondere für **Langzeitarbeitslose, Geringqualifizierte und Mütter**. Deshalb sollte die Regierung den Kurs ihrer Arbeitsmarktpolitik überdenken. Pellengahr: „Eine weitere Regulierung von Zeitarbeit muss unterbleiben, um die negativen Folgen des gesetzlichen Mindestlohns zu begrenzen durch den bis zu 570.000 Stellen gefährdet sind.“

Arbeitsvolumen

in Milliarden Stunden seit 2003 (Quelle: IAB)



Mehr zum Thema Mindestlohn und Arbeitsmarkt finden Sie unter www.insm.de.

Pressekontakt

Pressesprecher INSM: Florian von Henet, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.